

## **Initiativantrag**

### **der unterzeichneten Abgeordneten betreffend konkrete Maßnahmen nach den Zielen des Oö. Integrationsleitbildes zur Verhinderung von Parallelgesellschaften**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Das für Integration zuständige Mitglied der Oö. Landesregierung wird ersucht, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, die eine Entwicklung und Verschärfung von Parallelgesellschaften unterbinden und den Zielen des Oö. Integrationsleitbildes Rechnung tragen.

### **Begründung**

Erst im September wurden erneut Bilder öffentlich, die eine tschetschenische Gruppe zeigen, wie sie einen Burschen in Wien verprügeln, weil dieser mit seiner tschetschenischen Freundin geflirtet hat. Beim Verdächtigen dürfte es sich abermals um einen sogenannten „Sittenwächter“ handeln.

Diese Bilder sind mittlerweile keine Einzelfälle mehr. Auch in Linz wurden bereits „Sittenwächter“ festgenommen, die Frauen bedroht haben, weil sie sich zu „westlich“ benehmen. Selbst der Anwalt eines mutmaßlichen Täters sagt, dass diesen jungen Menschen nicht nur das Unrechtsbewusstsein zur Gänze fehlt, sondern diese sich sogar zu den Taten legitimiert fühlen. Solche Tendenzen dürfen sich nicht weiter etablieren und müssen bereits im Vorfeld durch entsprechende Maßnahmen unterbunden werden.

Die Festnahme eines mutmaßlichen Mitglieds der Taliban in Wels zeigt, dass verfassungsfeindliche islamistische Vereine auch in Österreich große Netzwerke pflegen und bei einem Teil der Bevölkerung auch Anklang findet. Solche Netzwerke fördern Parallelgesellschaften und unterwandern die Integrationsmaßnahmen für jene, die sich in Österreich integrieren und Teil der Gesellschaft werden wollen. Mitgliedern und Förderern von islamistischen Terrororganisationen, die über diverse Medienkanälen islamistisches und salafistisches Gedankengut verbreiten, muss mit konsequenten Maßnahmen entgegengetreten werden. Zu solchen Förderern zählt unter anderem auch der Verein Milli-Görüs, welcher in Deutschland sogar als „verfassungsfeindlich“ eingestuft wird. Hier muss alles daran gesetzt werden, dass Auftritte und Reden von Vertretern solcher Vereine, wie es zum Beispiel in Linz geplant war, in Österreich nicht möglich ist.

Der Integrationsbericht 2020 zeigt noch weitere Problemfelder auf, insbesondere im Bildungs- und Sprachbereich. Dass es hier auch in Oberösterreich großen Handlungsbedarf gibt, bringt eine Auswertung der Antragsstellungen auf Wohnbeihilfe hervor, wo momentan selbst bei Menschen mit langer Aufenthaltsdauer hohe Deutschdefizite zu verzeichnen sind.

Integration darf nicht dem Zufall überlassen werden. Die unterzeichneten Abgeordneten ersuchen daher die Landesregierung, zeitnah konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, welche die Integration nach den Zielen des Integrationsleitbildes fördern und die weitere Etablierung von Parallelgesellschaften möglichst effektiv unterbinden.

Linz, am 13. Oktober 2020

(Anm.: FPÖ-Fraktion)  
**Gruber, Mahr**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)  
**Frauscher, Kolarik, Csar, Oberlehner, Langer-Weninger, Stanek, Dörfel, Hingsamer, Hattmannsdorfer**